

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden**  
**Stadtparteitag**  
**Samstag, 09.11.2019**

**Beschluss: „Dresden erinnern - vom Gestern ins Morgen“**  
**Antrag zur Stärkung des demokratischen und menschenrechtsorientierten Selbstverständnisses der Stadtgesellschaft durch eine zeitgemäße und nachhaltige Erinnerungskultur**

Wir GRÜNE wollen die Erinnerungskultur in Dresden weiterentwickeln und Möglichkeiten entwickeln, um die Auseinandersetzung mit der Dresdner Geschichte, insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus aber auch der DDR zu fördern. Wir wollen dabei für alle Menschen, die in Dresden leben, Anknüpfungspunkte zum Erinnern und Gedenken an Opfer von Gewaltherrschaft, Totalitarismus und Krieg im öffentlichen Raum und im alltäglichem Leben schaffen. Das Erinnern soll aus unserer Sicht nicht nur auf die Vergangenheit fokussieren, sondern auch die Zukunft in den Blick nehmen: Heranwachsende heute kennen die Zeit des Nationalsozialismus nur noch in Ausnahmefällen vermittelt durch persönliche Erzählungen. Mit dem zunehmendem, altersbedingtem Fehlen von Zeitzeugen werden Erinnerungsorte wie z. B. Friedhöfe wichtiger und müssen für die Erinnerungsarbeit in der Stadt besser erschlossen werden als bisher, wie z. B. der Gedenkort für die Opfer der Euthanasie auf dem Tolkewitzer Friedhof. Die DDR kennen sie aus Erzählungen. In Dresden leben Menschen, die keinen Bezug zum Nationalsozialismus haben, aber Krieg aus persönlichem Erleben kennen, wie z. B. auch die hier lebenden Geflüchteten. Auch ihre Perspektive soll in einer heterogenen Gesellschaft in die aktive Erinnerungskultur einbezogen werden.

Wir wollen eine inklusive Erinnerungskultur in Dresden fördern, die Raum für alle Menschen lässt und Bezüge zu ihrem Leben in Dresden in der Auseinandersetzung mit Gewaltherrschaft und Krieg deutlich macht. Erinnerungs- und Gedenkkultur in der demokratischen Gesellschaft muss vielfältige Zugänge bieten, um unterschiedliche Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu erreichen und einzubinden. Dazu gehört auch, Initiativen aus der Zivilgesellschaft sowie Bürgerbeteiligung im Bereich Erinnerungskultur zu fördern und zu unterstützen. Ihre Perspektiven sind bei Initiativen der Stadt zur Gestaltung der Erinnerungskultur anzuhören und einzubeziehen.

In Dresden entsteht nicht nur an Montagabenden der Eindruck, dass es nicht gelungen ist, neu erstarktem Rassismus und Rechtsextremismus genügend Menschenrechts- und Demokratiebekenntnis entgegenzusetzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Erkenntnis, dass das, was geschehen ist, auch wieder geschehen kann, besonders zentral im Bewusstsein der Menschen verankert und im städtischen und gesellschaftlichen Leben berücksichtigt wird. Es muss klar werden, dass es nicht geht, einerseits auf die hellen

Momente der deutschen Geschichte stolz zu sein, und andererseits die dunklen Seiten auszublenden und als erledigt zu betrachten. Dafür braucht es zeitgemäße Wege und Methoden, nicht nur, aber auch für junge und heranwachsende Menschen.

Wir wollen uns deswegen dafür einsetzen, dass bestehende Angebote wie folgt gefördert und ergänzt werden:

Wir wollen dezentrales Erinnern fördern, das auch Gedenkort außerhalb des Stadtzentrums wie das Außenlager Flossenbürg in Dresden-Zschachwitz oder das Zwangsarbeiterlager „Hellerberg“ in Trachenberge sichtbar macht. Totalitäre Systeme fanden nicht im Verborgenen statt, sie waren sichtbarer Teil des Alltags. Überall in Dresden finden sich Spuren und Relikte der Diktaturen und menschenverachtender Verbrechen des Staates und von Bürger\*innen. Die Stadt soll diese Spuren unter Einbeziehung der persönlichen Zeugnisse der Bürger\*innen und Fachwissenschaftler\*innen katalogisieren und in einer erweiterbaren App (Erinnerungs-App) dokumentieren. Auf diese Weise entsteht ein Stadtrundgang, der individuell aber auch im Rahmen von Bildungsangeboten oder touristischen Angeboten genutzt werden kann. Die verzeichneten Orte sind zu kategorisieren.

Grundlage der Erinnerungs-App können die Materialien und Medien sein, die für eine bereits früher angedachte Ausstellung „Dresden im Nationalsozialismus“ gesammelt werden sollen. Wir werden uns im Stadtrat dafür einsetzen, dass diese Ausstellung in den nächsten Jahren unter Einbeziehung relevanter Akteur\*innen der Stadtgesellschaft, wie bspw. zivilgesellschaftliche Initiativen und Vertreter\*innen von Opferverbänden realisiert wird. Einzubeziehen sind aber auch die Quellen und Zeugnisse, die es dank zivilgesellschaftlichem Engagement (u.a. Stolperstein-Initiative, Christlich-Jüdische Gesellschaft, etc.) und archivalischer bzw. musealer Initiativen bereits gibt. Die geplante Ausstellung soll neben der Dokumentation auch der aktiven Auseinandersetzung von Bürger\*innen mit Totalitarismus dienen und dabei Fragen von wehrhafter Demokratie, gelebter Zivilcourage und der Wahrung der Menschenrechte und des Friedens heute dienen. Die Ausstellung soll durch die Entwicklung der Erinnerungs-App sowie den Aufbau eines digitalen online frei verfügbaren Film- und Dokumentenarchivs mit Zeitzeug\*innen und Dokumenten über die Geschichte Dresdens beständigen Charakter haben.

Weiterhin werden wir uns im Stadtrat dafür einsetzen, dass die Aufarbeitung der Geschichte Dresdens in der DDR, aber auch in der Wende, intensiviert wird. Zur Dokumentation und Archivierung sind ebenfalls die Erinnerungs-App sowie das digitale online Archiv zur Geschichte Dresdens zu nutzen.

Neben der digitalen Kennzeichnung soll ein mit der App verknüpftes Wegeleitsystem zu Erinnerungsorten führen und diese so im Stadtbild besser sichtbar machen.

Die Archivalien im Dresdner Stadtarchiv sind unverzichtbare Zeugnisse für das Leben der Dresdner\*innen in Nationalsozialismus und DDR. Als Spiegel von Anpassung und Auflehnung, von Untertanengeist und Bürgermut bieten sie vielfältige Anknüpfungspunkte für eine vitale Erinnerungskultur. Wir wollen den Zugang zu diesem Gedächtnis der Stadt allen Bürger\*innen erleichtern und setzen uns dafür ein, dass zivilgesellschaftliche Initiativen wie der „Mahngang Täterspuren“ bei der Nutzung des Stadtarchivs entsprechend der bestehenden Regelung für wissenschaftliche Forschung von Nutzungsgebühren befreit werden.

Um Zeitzeugnisse dauerhaft für Bildung und Forschung zugänglich zu machen und zu bewahren, sollen Zeitzeugenberichte zur Zeit des Nationalsozialismus, zur Zeit der DDR, der Friedlichen Revolution, aber auch der Zeit nach der Wiedervereinigung systematisch gesammelt, archivalisch aufbereitet und nach Möglichkeit digital zur Verfügung gestellt werden. Diese Dokumentation kann in schriftlicher Form, als Ton- oder Videodokument erfolgen, auch Bildzeugnisse und audiovisuelle Dokumente sind zu sammeln.

Die Dresdner Kultur- und Bildungsinstitutionen sollen bestärkt und gefördert werden, diese Archivalien in ihrer Arbeit aufzugreifen und zu nutzen.

Nicht zuletzt sollen durch unsere Initiative im Stadtrat zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich Erinnerungskultur stärker finanziell gefördert werden.

**Begründung:**

Abwertende und menschenverachtende Einstellungen greifen wieder Raum. Dem entgegen steht das Erinnern, dem die Unverletzlichkeit der Menschenrechte und die Notwendigkeit eines demokratischen Grundverständnisses im Miteinander der Stadtgesellschaft immer immanent ist.

Vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Dresden in den letzten Jahren ist es unser Ziel, ein demokratisches und menschenrechtsorientiertes Selbstverständnis der Dresdner Stadtgesellschaft zu stärken. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann aus GRÜNER Sicht die Gestaltung der Erinnerungspolitik leisten. Wir steuern mit dem 13. Februar 2020 auf den 75. Jahrestag der Bombardierung Dresdens zu. Es ist zu erwarten, dass das Gedenken an dieses Ereignis in noch größerem Ausmaß als bisher insbesondere von nicht-demokratischen Kräften instrumentalisiert wird. Gleichzeitig werden auch die anderen Parteien der Stadt diesen Tag zur eigenen Profilierung nutzen. Wir GRÜNE müssen unsere Forderungen erneut klar formulieren und darauf hinwirken, dass diese durch die Stadtverwaltung umgesetzt, und nicht, wie zum Beispiel am Obelisk in Nickern, als nachrangig eingestuft und letztlich ausgesessen wird. Dies kann uns nur durch eine klare Positionierung unsererseits zum Thema Erinnerungspolitik in der Dresdner Stadtgesellschaft gelingen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie wir eine lebendige und auf

demokratischen Werten basierende und diese fördernde Erinnerungskultur mit den Dresdner\*innen gestalten wollen.

Wir danken Agnes Scharnetzky für die Mitarbeit an diesem Antrag und vielen weiteren Mitgliedern für die Anregungen.